



Verteilungsbericht 2017

Die Löhne in der Schweiz haben sich 2016 wenig bewegt und sind nur etwa im gleichen Mass wie das Bruttoinlandsprodukt gewachsen. Vor allem wegen des Rückgangs der Konsumentenpreise hat die Kaufkraft aber leicht zugenommen. Bei der Verteilung der Einkommen gab es in den letzten Jahren kaum markante Veränderungen, die Schere zwischen unten und oben ist etwa gleich gross geblieben. Bei den Vermögen ist diese Schere aber noch weiter auseinandergegangen.

Reallohnanstieg dank rückläufiger Preise

Nachdem 2015 die Nominallöhne durchschnittlich nur um 0.4 Prozent zugenommen haben, war der Zuwachs 2016 mit 0.7 Prozent wieder etwas höher. Bei den gesamtarbeitsvertraglich vereinbarten Lohnabschlüssen verhielt es sich genau umgekehrt.¹ Zum ersten Mal seit vielen Jahren waren die GAV-Lohnerhöhungen 2016 tiefer als die durchschnittlichen Erhöhungen. In der Vergangenheit kamen die GAV-Unterstellten immer in den Genuss grösserer Lohnerhöhungen als die übrigen Angestellten. Diese Ausnahmesituation dürfte damit zusammenhängen, dass die meisten vertraglichen Lohnerhöhungen schon vor der Wechselkursfreigabe durch die Nationalbank am 15. Januar 2015 vereinbart wurden und somit die Vertragspartner nicht mehr darauf reagieren konnten. Ende 2015 standen die Lohnverhandlungen dann unter dem Druck der wechselkursbedingten Schwierigkeiten der Exportindustrie, und die Lohnerhöhungen fielen entsprechend bescheiden aus.

Unter Berücksichtigung des Rückgangs der Konsumentenpreise resultierte für die ArbeitnehmerInnen trotz geringer Nominallohnerhöhung auch 2016 ein Reallohnzuwachs von 1.1 Prozent, nach 1.5 Prozent im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wesentliche Kosten wie die Krankenkassenprämien, welche die Haushalte stark belasten, nicht im Konsumentenpreisindex berücksichtigt sind und dass deshalb nicht alle Haushalte in gleichem Mass vom Rückgang der Preise profitieren konnten. Zudem handelt es sich um gesamtschweizerische Durchschnittswerte. Je nach Branche waren die Lohnzuwächse sehr verschieden: So stiegen die Nominallöhne in der Industrie und im Baugewerbe nur um 0.4 Prozent, im Dienstleistungssektor jedoch um 0.8 Prozent.

Hans Baumann

1948, ist Ökonom und Mitglied der Denknetz-Kerngruppe.

Inwieweit die Empfänger von tiefen und mittleren Löhnen von den Lohnerhöhungen 2015 und 2016 profitiert haben, wissen wir



erst, wenn die Lohnstrukturerhebung 2016 ausgewertet ist. Von 2012 bis 2014 hatten die tiefen und mittleren Löhne etwas aufgeholt, das Gleiche gilt für die Frauenlöhne. Ungebrochen ist der Anstieg der Spitzenlöhne, wie aus der AHV-Statistik hervorgeht.² Einen Hinweis darauf gibt aber auch der letzte Lohnschere-Bericht der Gewerkschaft Unia. Laut diesem hat sich das Verhältnis der Tieflöhne zu den gewichteten Spitzenlöhnen in SMI-Firmen von 1:150 im Jahr 2015 auf 1:165 im Jahr 2016 erhöht.

Arbeitsproduktivität wieder gestiegen, Lohnquote unverändert

Die neuen, revidierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen, dass die Arbeitsproduktivität im Jahr 2015 um 1.5 Prozent gesunken ist. Die Hauptursache dafür war die durch den Frankenschock rückläufige Wertschöpfung zahlreicher Exportfirmen. 2016 erholte sich die Wirtschaft wieder, und die Arbeitsproduktivität nahm zu. Aufgrund der provisorischen Zahlen ist aber anzunehmen, dass der Produktivitätsanstieg 2016 geringer war als der reale Lohnanstieg von durchschnittlich 1.1 Prozent. Dies bedeutet, dass die Löhne auch 2016 etwas stärker gestiegen sind als die (inländischen) Unternehmensgewinne.

Obwohl die Löhne in den letzten drei Jahren stärker gestiegen sind als die Unternehmensgewinne, ist die Lohnquote seit 2012 praktisch konstant geblieben. Die Lohnquote misst den Anteil der Löhne am Bruttonationaleinkommen. Dieses beinhaltet auch den Saldo des Vermögens- und Lohneinkommens mit dem Ausland. Weil die Vermögenseinkommen aus dem Ausland im Gegensatz zu den inländischen Gewinnen deutlich stärker gestiegen sind als die Löhne, ergab sich 2015 und 2016 keine wesentliche Veränderung der Lohnquote.

Aus der letzten Lohnstrukturerhebung geht hervor, dass die unteren und mittleren Löhne bis 2014 eher etwas mehr zulegen konnten als die oberen Löhne. Neuere Daten gibt es noch nicht.³ Bei der Verteilung des verfügbaren Einkommens, das auch die Renten- und Vermögenseinkommen der Haushalte berücksichtigt, ist kein Trend zu mehr Einkommensgleichheit auszumachen. Im Gegenteil: Beim Gini-Koeffizienten zeichnet sich seit 2008 ein Trend zu einer ungleicheren Verteilung ab; dies betrifft das Primäreinkommen wie auch das verfügbare Einkommen,⁴ dessen Gini-Koeffizient von knapp 0.28 auf über 0.29 gestiegen ist. Das Verhältnis des obersten zum untersten Dezil wie auch des obersten Dezils zum mittleren Einkommen hat sich in den letzten Jahren dagegen kaum verändert. Der Gini-Koeffizient des steuerbaren Einkommens blieb bis 2013 etwa konstant, neuere Daten gibt es noch nicht.



Immer mehr Ungleichheit bei den Vermögen

Während die Schweiz bei der Einkommensverteilung im internationalen Vergleich im Mittelfeld liegt und sich die Verhältnisse in den letzten Jahren nur leicht verändert haben, sieht es bei der Verteilung der Vermögen ganz anders aus. Hier ist der Konzentrationsprozess in Richtung der grossen und grössten Vermögen ungebrochen.⁵ Schon seit langer Zeit gilt die Schweiz als eines derjenigen Länder der Welt, in dem die Vermögen am ungleichsten verteilt sind. Aufgrund der Daten der Eidgenössischen Steuerverwaltung und früherer Untersuchungen kann aufgezeigt werden, welchen Anteil das reichste Prozent der SteuerzahlerInnen am Gesamtvermögen besitzt. Während Anfang der 1980er Jahre das reichste Prozent rund 33 Prozent aller Vermögenswerte in der Schweiz besass, ist dieser Anteil bis 2007 auf rund 41 Prozent angestiegen. Nach der Finanzkrise 2008 betrug er noch rund 39 Prozent, ist aber bis zum letzten verfügbaren Jahr 2013 wieder auf den Höchststand von 41.4 Prozent gestiegen. Der Trend zur immer ungleicheren Verteilung hat sich also nach dem kurzen Knick von 2008 wieder ungebremst fortgesetzt.

So haben sich die Vermögen der Steuerpflichtigen, die über 10 Millionen Franken besitzen, von 2003 bis 2013 mehr als verdoppelt: Sie sind von 205 auf über 485 Milliarden Franken gestiegen. Durchschnittlich besaßen diese Steuerpflichtigen fast 37 Millionen. Auf der unteren, der ärmeren Seite der Wohlstandspyramide sieht das ganz anders aus. Hier hatte weit mehr als die Hälfte aller Steuerpflichtigen (fast 56 Prozent) ein Vermögen von unter 50'000 Franken, ein grosser Teil von ihnen (über ein Viertel aller Steuerpflichtigen) besass überhaupt kein Vermögen oder war verschuldet. 2013 hatten weit mehr Steuerpflichtige kein oder fast kein Vermögen als 2003 (2.88 Millionen gegenüber 2.6 Millionen).⁶ Das bedeutet, dass sich die Konzentration des Vermögens an der Spitze nochmals erhöht hat und dass sich seit Beginn der 2000er Jahre ausschliesslich nur grosse und sehr grosse Vermögen vermehrt haben. Der grösste Teil der Bevölkerung ist bei dieser Entwicklung leer ausgegangen.

MigrantInnen von Arbeitslosigkeit und Armut besonders betroffen

Mit einer gewissen Verzögerung hat sich die ungünstige wirtschaftliche Lage der exportorientierten Branchen auch auf die Zahl der Erwerbslosen ausgewirkt. Die Erwerbslosenquote ist erst 2016 leicht angestiegen, obschon die Beschäftigung 2016 wieder zugelegt hat. Auf die Unterbeschäftigungsquote, das heisst den Anteil derjenigen, die ein Teilzeitpen-



sum haben, aber eigentlich mehr arbeiten möchten, hat sich die ungünstigere wirtschaftliche Situation schneller, nämlich schon im Jahr 2015, ausgewirkt. In diesem Jahr stieg der Anteil der Unterbeschäftigten deutlich an. 2016 blieb diese Quote dann fast stabil. Offensichtlich reagieren die Unternehmen relativ schnell auf Absatzprobleme, indem sie bei Teilzeitbeschäftigten das Pensum kürzen. Erst in einem zweiten Schritt erfolgen dann Entlassungen.

Die Erwerbslosenquote der ausländischen Beschäftigten ist 2016 stärker gestiegen als diejenige von Personen mit Schweizer Pass. Diese Schere hat sich in den letzten Jahren immer weiter geöffnet. Unter den ausländischen Arbeitslosen waren ältere Personen überdurchschnittlich oft betroffen.

Die zunehmende Unterbeschäftigung im Jahr 2015 widerspiegelt sich auch in der Zunahme derjenigen Personen, die als arm gelten, obwohl sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen (Working poor). Hier war ein deutlicher Anstieg von 3.3 auf 3.9 Prozent der Erwerbstätigen zu verzeichnen. Besonders betroffen sind auch hier ausländische Personen, deren Armutsquote im Jahr 2015 markant von 3.9 auf 6.3 Prozent anstieg. Überdurchschnittlich betroffen waren auch weibliche Beschäftigte. Die Sozialhilfequote hingegen ist 2015 mit 3.2 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Es ist zu erwarten, dass sich die höhere Erwerbslosigkeit und die grössere Anzahl von Flüchtlingen dann in den Zahlen des Jahres 2016 widerspiegeln.

Anmerkungen

- 1 Quellen und Definitionen: Sofern nichts anderes vermerkt ist, siehe Fussnoten in der Tabelle zum Gleichheitsmonitor.
- 2 SGB-Verteilungsbericht 2016.
- 3 Eine ausführliche Analyse und auch Kritik an der Lohnstrukturerhebung 2014 findet sich im SGB-Verteilungsbericht 2016.
- 4 Im Gleichheitsmonitor ist nur der Gini-Koeffizient des verfügbaren Einkommens abgebildet. Quelle für das Primäreinkommen ist ebenfalls die Haushaltsbudget-Erhebung HABA des BfS.
- 5 Zur Vermögensverteilung siehe auch den Artikel von Robert Fluder u.a. in diesem Jahrbuch.
- 6 Factsheet Colin Metzger, 8.5.2017.